

Jürgen Hofmann

Die Doppelbiographie der Bundesrepublik Deutschland

Anmerkungen zum Nachhall der deutschen Zweistaatlichkeit

Noch bevor sich die Bundesrepublik Deutschland zum 70. Jahrestag ihrer Gründungsurkunde, des Grundgesetzes, vergewisserte, gab die Bundesregierung Anfang April 2019 den Auftakt für den 30. Jahrestag der deutschen Einheit. Vom Mauerfall im November bis zum Oktober des Folgejahres wird der Bogen geschlagen. „Das Jubiläumsjahr soll das gemeinsame und gegenseitige Verständnis für die Leistungen fördern, die zur Wiedervereinigung geführt haben und für das Zusammenwachsen von Ost und West erbracht wurden. Der Fokus dieser Jubiläumsfeierlichkeiten solle auf gegenseitigem Austausch und Dialog liegen“,¹ ließ der Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren Dr. Markus Kerber wissen. Doch schon die Besetzung der Kommission und das Tauziehen um deren Vorsitzenden Matthias Platzeck und seine Idee für ein Zentrum „Aufbruch Ost“ lassen Zweifel aufkommen. Das politische und gesellschaftliche Spektrum der damaligen Ereignisse findet sich in der Kommission nur sehr eingeschränkt wieder.

Das Prinzip des Dialogs und des gegenseitigen Respektes wird in den Jahresberichten zum Stand der deutschen Einheit immer wieder neu beschworen. Es mangelt aber an der Umsetzung, da die Rahmenbedingungen dafür nicht hergestellt werden. So war schon im Jahre 2000 zu lesen: „Mehr noch als bisher ist die Bereitschaft gefordert, aufeinander zuzugehen und gegenseitiges Verständnis für die verschiedenen Lebenswege der Menschen im vereinten Deutschland zu zeigen.“² Im Bericht 2018 wird erneut die „Anerkennung der Lebensleistung und der Respekt vor den Brüchen in der Biografie vieler Menschen in Ostdeutschland“ betont.³ Der öffentliche Diskurs zur deutschen Geschichte nach 1945 hat allerdings einen prinzipiellen Konstruktionsmangel. Die Geschichte der Bundesrepublik wird von ihren Anfängen her erzählt, die der DDR dagegen von ihrem Ende her. Zudem stoßen der Dialog und der eingeforderte Respekt an Grenzen, wenn die von den beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung vorgegebenen Deutungsmuster in Frage gestellt werden.⁴ Wie Ursula Weidenfeld richtig

¹ Pressemitteilung vom 3. April 2019.

² Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/4129, S. 5.

³ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018, S. 14.

⁴ Siehe Materialien der Enquete-Kommission „Zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. 1, Baden-Baden 1995 (umfasst insgesamt 9 Bde. in 18 Teilbänden); Schlussbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/110000 vom 10.6.1998.

bemerkt, weist eine „The winner takes it all“-Erinnerungskultur ... nicht nur dem Sozialismus, sondern auch den früheren DDR-Bürgern den Platz am Katzentisch der Geschichte zu“.⁵ Eine ernstgemeinte demokratische Erinnerungskultur müsse auch die Anfänge der DDR würdigen. Der Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig attestiert den Westdeutschen immer noch „Desinteresse und Selbstgefälligkeit“. „Westdeutsche wissen eigentlich nicht viel über die neuen Bundesländer. Früher hörte Deutschland vom Westen aus gesehen hinter Helmstedt auf. Und das ist bei vielen immer noch so“,⁶ lautet die Auskunft von Jürgen Reiche. Die beklagten Mängel haben ihre wesentliche Ursache in der Ausrichtung und Schwerpunktsetzung historischer Forschung und Geschichtsvermittlung. Die politisch gewollte und großzügig geförderte sowie institutionell ausgebaute „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ hat den Blick auf die DDR und ihre Geschichte eher eingengt als erweitert. Das haben auch Autoren erkannt, die das Thema in den zurückliegenden Jahren intensiv bearbeiteten.⁷ Leider fast schon in Vergessenheit geraten sind die Versuche, deutsch-deutsche Geschichte in ihrer Verflechtung und Wechselwirkung zu erfassen.⁸ Der Forschungsfortschritt zur Geschichte der alten Bundesrepublik hält sich seit der in den 1980er Jahren vorgelegten fünfbändigen Gesamtdarstellung in Grenzen.⁹

Nahezu drei Jahrzehnte deutscher Einheit machen die mehr als vier Jahrzehnte deutscher Zweistaatlichkeit nicht ungeschehen. Auch wenn die Wechselwirkungen asymmetrisch verteilt waren, lässt sich die Geschichte der Bundesrepublik nicht aus sich selbst heraus erklären. Der Nachhall der deutschen Zweistaatlichkeit ist intensiver und länger wirkend als sich das die Konstrukteure des Anschlusses und viele Zeitgenossen gedacht haben. Deshalb ist es für die Gesellschaft der Bundesrepublik abträglich, dieses Erbe zu ignorieren, auch wenn es ein ungeliebtes sein sollte. Im staatlich wiedervereinigten Deutschland trafen zwei Stränge deutscher Nachkriegsentwicklung zusam-

⁵ Ursula Weidenfeld: Beide deutsche Staaten feiern Geburtstag, in: Tagesspiegel vom 26.5.2019.

⁶ „Sachsen-Bashing ist völlig unangebracht“. Der Leipziger Zeithistoriker Jürgen Reiche über den nötigen Ost-West-Dialog, die Selbstgefälligkeit in den alten Bundesländern und die Wahl in Sachsen, in: Berliner Zeitung vom 9. Juli 2019, S. 5.

⁷ Siehe Ulrich Mählert (Hrsg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema; Berlin 2016.

⁸ Siehe u. a. Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, 5. überarb. Aufl., Bonn 1991; ders.: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, 2. überarb. u. erweiterte Aufl., Bonn 1997; Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Bonn 1989; Clemens Burrichter/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch, Berlin 2006.

⁹ Siehe Karl Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In fünf Bänden, Stuttgart/Wiesbaden 1981 ff. Der letzte Band 5/II erschien 1987. Seitdem erschienen vorwiegend konzentrierte Überblicksdarstellungen in mehreren Nachauflagen. Siehe u. a. Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.

men. Sie wirken in aktuellen Prozessen und politischen Konstellationen nach und gehören somit zur historischen Substanz der heutigen Bundesrepublik, unabhängig davon wie sie im Einzelnen bewertet und gewichtet werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat eine Doppelbiographie. Auch die Geschichte der beiden deutschen Nachkriegsstaaten lässt sich nicht nur aus sich selbst heraus erklären. Hier kommen spezifische Wechselwirkungen zum Tragen, die nicht zu vergleichen sind mit den üblichen Einflüssen, die aus der Einbettung in europäische und internationale Vorgänge resultieren.¹⁰

Zunächst hatte die deutsche Gesellschaft 1945 in allen Besatzungszonen das gleiche Erbe anzutreten, das sich aus den Folgen von zwölf Jahren Naziherrschaft und zweitem Weltkrieg ergab. Die konzeptionellen, politischen und praktischen Schlussfolgerungen gingen jedoch bald auseinander. Begünstigt wurde dies durch die jeweils spezifische Konstellation von Besatzungsmacht und politischen Akteuren im Innern. Da der Konsens der Anti-Hitler-Koalition nicht in die Nachkriegszeit übertragen werden konnte, gewannen konträre machtpolitische Interessen sowie ordnungspolitische Vorstellungen zwangsläufig stärkeren Einfluss. Eine Einigung der Siegermächte zur deutschen Frage blieb aus. Die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen nahm so faktisch die deutsche Teilung vorweg.

Dennoch kann die Spaltung Deutschlands nicht allein dem Einfluss der Besatzungsmächte zugeschrieben werden. Sie ist zugleich ein Resultat innerer Auseinandersetzungen zwischen politischen und sozialen Kräften in Deutschland, deren Wurzeln und Anfänge bis in die Weimarer Republik und in die Zeit des Kaiserreiches zurückreichen. Nach der deutschen Kriegsniederlage im Zweiten Weltkrieg und nach der Zerschlagung des Faschismus von außen stellte sich gebieterisch die Frage: Was kommt nach Hitler? Die von den unterschiedlichen politischen Gruppierungen gegebenen Antworten erwiesen sich als ordnungspolitische Richtungsentscheidungen. So polarisierten sich frühzeitig die politischen und sozialen Kräfte. Auf dem Boden der Zoneneinteilung und angesichts der zusehends voneinander abweichenden Besatzungspolitik bildeten sich bald unterschiedliche Verhältnisse, Entwicklungsbedingungen und Konstellationen in Ost und West heraus. Begünstigt wurde dies durch den Verlust gesamtstaatlicher politischer Strukturen. Die politischen Kräfte in Deutschland vermochten es nicht, über parteipolitische Schranken hinweg nationale Minimalforderungen zu formulieren und den Anspruch auf eine zentrale deutsche Verwaltung und einen Friedensvertrag gemeinsam geltend zu machen.

Oft wird für die Teilung Deutschlands der als „Zwangvereinigung“ apostrophierte Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED, sowie die radikalen

¹⁰ Der Autor knüpft nachfolgend an Überlegungen an, die er schon einmal 1999 skizziert hat. Siehe Jürgen Hofmann: Die Doppelbiographie der Bundesrepublik. Anmerkungen zum Problem der deutschen Zweistaatlichkeit, in: Forschungsfeld DDR-Geschichte. Kolloquium anlässlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Rolf Badstübner, Berlin 1999, S. 52-56 (= Pankower Vorträge, H. 15); ders.: Die Doppelbiographie der Bundesrepublik, in: Neues Deutschland vom 12. März 1999, S. 14/15.

Eingriffen in die Eigentumsstrukturen mit der Bodenreform und der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher in der Ostzone verantwortlich gemacht und dabei ausgeblendet, dass die separate Währungsreform und die Bildung der Bi- und der Trizone die Ausgrenzung des Osten Deutschlands bewusst in Kauf nahmen. Im Prozess der Entstehung und der Stabilisierung der deutschen Zweistaatlichkeit war die Bundesrepublik der ostdeutschen Alternative meist einen Schritt voraus. Beide deutsche Staaten verstanden sich als Gegenwürfe in einem Systemwettbewerb. Diese Funktion wurde ihnen auch von der jeweiligen Führungsmacht zugeordnet. Im Epizentrum des Kalten Krieges kam ihnen eine Sonderrolle im weltpolitischen Machtpoker zu. Sie waren Objekt und in wachsendem Maße zugleich Subjekt, Vorposten und Hauptpartner ihrer Hegemonialmächte in einer globalen Systemkonfrontation, in die sie bis Ende der achtziger Jahre eingebunden blieben. Diese Konfrontation hat die beiden deutschen Gesellschaften so nachhaltig geprägt, dass sie bis in die Gegenwart nachwirkt und immer noch in Gestalt politischer Nachhutgefechte ausgetragen wird. Selbst nach fast drei Jahrzehnten „Deutscher Einheit“ sind diese Spuren in der Diskussion um Gesellschaft, Geschichte und Erinnerungskultur deutlich auszumachen.

Beide deutsche Nachkriegsstaaten befanden sich von Beginn an in einer Konkurrenz- und Wettbewerbssituation. Sie verstanden sich zunächst als Provisorien, die zu gegebener Zeit um den konkurrierenden Teilstaat zu ergänzen waren. Jede Seite sah sich als Kernstaat einer erwarteten deutschen Einheit. Daran knüpfte die Bundesrepublik ihren Alleinvertretungsanspruch und die DDR Vorstellungen von einer „historischen Mission“. Beide politische Orientierungen gingen stets von der Überlegenheit des eigenen Systems aus. Der wechselseitige Ausschließlichkeitsanspruch blockierte lange Zeit eine tragfähige Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Erst die Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit öffnete den Weg aus der Konfrontation zu vertraglich geregelter, begrenzter Kooperation. Vor allem der Anspruch auf Alleinvertretung trieb mitunter skurrile Blüten. So sorgte die Bundesrepublik bei der Außenministerkonferenz 1959 in Genf dafür, dass die erstmals zugelassenen beiden deutschen Staaten getrennt vom Konferenztisch an „Katzentischen“ Platz nehmen mussten. Der Bundesaußenminister Heinrich von Brentano ließ sich im Konferenzsaal vertreten, um nicht mit seinem Amtskollegen aus der DDR, damals Lothar Bolz, zusammentreffen zu müssen.

Die Systemauseinandersetzung verlangte sowohl den Bezug auf den nationalen Konkurrenten als auch die deutliche Abgrenzung von ihm. Dabei sollte die Eigenlogik sich ausschließender Wege nicht übersehen werden, zumal sie durch die unterschiedlichen internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten noch verstärkt wurde. Die Spaltung Deutschlands bot die Möglichkeit, die eigenen Leit- und Ordnungsvorstellungen wenigstens in einem Teil durchzusetzen, um sie später auf den anderen übertragen zu können. Die Systemkonkurrenz und der damit verbundene Wettbewerb wirkten sowohl fördernd, als auch hemmend auf die Entwicklung beider deutscher Teilstaaten. So begüns-

tigte und ermöglichte beispielsweise die besondere Konkurrenzsituation die partiellen Abweichungen der DDR vom sowjetischen Modell, die sich u. a. in der sozialökonomischen Struktur und im Parteiensystem zeigten.

Die Entscheidung für das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft, vor allem aber deren Ausbau über mehrere Jahrzehnte ist zweifellos von dieser Wettbewerbssituation stimuliert worden. Dass die DDR in den Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Unternehmen immer mit am Tisch saß, war ein offenes Geheimnis. Insider haben das inzwischen mehrfach bestätigt. Der Abbau sozialer Sicherungssysteme nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz hat das nochmals belegt. Ähnlich musste die DDR den Lebensstandard ihrer Bevölkerung letztlich immer an der Bundesrepublik messen lassen. Die DDR-Bürger verglichen ihren Wohlstand nicht mit Osteuropa. Die Ansprüche an die Konsumgüterproduktion waren höher. In diesem ungleichen Wettbewerb geriet die DDR immer mehr an die Grenzen ihrer volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Das ehrgeizige Wohnungsbauprogramm tat ein Übriges. Die Verkürzung der Regelwochenarbeitszeit auf 45 Stunden und die Einführung der Fünftagewoche Mitte der 1960er Jahre in der DDR korrespondierten mit der Entwicklung in der Bundesrepublik, wo sich die Gewerkschaften mit ihrer Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit hatten durchsetzen können.

In der Auseinandersetzung der Systeme, die wiederholt am Rande eines atomaren Weltkrieges ausgetragen wurde, verinnerlichte jede Seite ihr Feindbild. Nicht nur die realen Gegebenheiten, sondern gerade die verzerrten wechselseitigen Wahrnehmungen blockierten lange Zeit die deutsch-deutschen Beziehungen. Sie wirkten auf verheerende Weise zurück auf den Umgang mit nicht systemkonformen Kräften im eigenen Macht- und Einflussbereich. Der übersteigerten Sicherheitsdoktrin und Sicherungspraxis der DDR stand in der Bundesrepublik eine antikommunistische repressive Staatsräson gegenüber. Wechselseitige Aufrechnungen dienen jedoch eher der Rechtfertigung, als der Aufklärung und Rehabilitierung. Sie konservieren Konflikte, an deren Auflösung der Gesellschaft gelegen sein muss.

Die Systemkonfrontation mit den ihr innewohnenden Gefahren innen- und außenpolitischer Konflikte warf ihren lähmenden Schatten auch auf Protestbewegungen und Versuche demokratischen Aufbegehrens in beiden deutschen Staaten. Die Arbeitererhebung gegen Normerhöhungen und SED-Herrschaftspraktiken im Juni 1953 in der DDR wurden von der SED-Führung als Konterrevolution abgestempelt, von den regierenden Kräften der Bundesrepublik als „Tag der deutschen Einheit“ vereinnahmt. Die intellektuelle „Taufwetter-“ und Reformdebatte 1956 erstickte recht schnell im Freund-Feind-Schema der SED-Politik. Ähnlich mussten sich die Bewegungen gegen Remilitarisierung und atomare Rüstung in der Bundesrepublik ständig der Unterstellung erwehren, Erfüllungsgehilfen des Ostblocks zu sein. Die Breitenwirkung der studentischen Protestbewegung 1968 mit ihren antiimperialistischen Losungen und ihrem emanzipatorischen Ansprüchen blieb angesichts realsozialistischer Wirklichkeit begrenzt. Dennoch löste sie für die Bundesre-

publik einen Reformimpuls aus.

Das internationale Wettrüsten zwischen den Systemen drängte beide deutsche Staaten in eine gefährliche und zugleich paradoxe Situation. Ihre Einbindung in feindliche Militärböcke Mitte der fünfziger Jahre machte sie einerseits zum wahrscheinlichen Schlachtfeld eines verheerenden dritten Weltkriegs. Hier standen sich über Jahrzehnte die stärksten militärischen Potentiale unmittelbar gegenüber. Als hochsensible Zone potentieller Kriegsgefahr waren beide deutsche Staaten aber andererseits gleichzeitig eine Zone erhöhter gegenseitiger Aufmerksamkeit und Feld des Interessenausgleichs. Als am Übergang zu den 1980er Jahren die Raketenhochrüstung zu einer existentiellen Bedrohung wurde und in eine neue „Eiszeit“ zwischen den Blöcken hineinzuführen drohte, sorgten beide deutsche Staaten dafür, dass der Gesprächsfaden zwischen Ost und West nicht abbricht, obwohl sie dabei zeitweilig in einen Interessenkonflikt mit ihren Hegemonialmächten gerieten.

Die Bundesrepublik und die DDR waren Staaten mit unterschiedlicher außenpolitischer Orientierung. Im Zuge ihrer Westbindung vermochte die Bundesrepublik Deutschland das historisch belastete Verhältnis zum französischen Nachbarn neu zu gestalten. Die DDR leistete Pionierarbeit für die Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Diese begann nicht erst mit dem Grenzvertrag von 1990 und dem Nachbarschaftsvertrag von 1991. Die DDR bekannte sich mit dem Görlitzer Abkommen bereits 1950 zur Oder-Neiße-Grenze, was von der Bundesregierung damals heftig kritisiert und viele Jahre nicht akzeptiert wurde. Umso befremdlicher mutet es an, wenn diese Schritte der deutsch-polnischen Aussöhnung aus dem Fokus offizieller Erinnerung verschwinden. Es bleibt ein Verdienst der DDR, politische und kulturelle Weichen für das Verständnis der osteuropäischen Völker gestellt zu haben. Noch ist die unter den Bedingungen der Zweistaatlichkeit vollzogene Öffnung nach Westen und nach Osten nicht Allgemeingut der bundesdeutschen Gesellschaft. Angesichts aktueller Kontroversen in Europa sollte diese Erbschaft nicht vernachlässigt oder gar ausgeschlagen werden. Sie sollte aufgegriffen und muss weiter entwickelt werden.

Die konfliktbeladene Verschränkung der Entwicklung beider deutscher Staaten lässt sich ebenfalls am Umgang mit der nationalen Frage und der Ausrichtung der nationalen Politik nachvollziehen. Die lange Zeit von beiden deutschen Staaten abgegebenen Bekenntnisse zur deutschen Einheit vermochten an der Logik unterschiedlicher Entwicklung nichts zu ändern. Die Abschottung der DDR 1961 und der Rückzug der SED von der gesamtdeutschen Option Anfang der siebziger Jahre waren das faktische Eingeständnis, im Systemwettbewerb bei offenen Grenzen und fortdauernder nationaler Verklammerung nicht bestehen zu können. Die Bundesrepublik wiederum korrigierte mit dem Amtsantritt der Regierung Brandt/Scheel ihre Deutschlandpolitik, weil das Konzept der Nichtbeziehungen und der nationalen Alleinvertretung die Spaltung nicht aufhob sondern eher verhärtete.

Die Chance zu einem qualitativ neuen Miteinander beider Teile Deutschlands

war eröffnet, nachdem die Bürgerinnen und Bürger der DDR im Herbst 1989 gegen die Allmacht des SED-Politbüros aufbegehrten und ihre Verfassungsrechte einforderten. Diese friedliche Revolution mit ihren Massendemonstrationen, ihrer praktizierten Gewaltlosigkeit, ihren „Runden Tischen“ auf allen Ebenen und ihrer Streitkultur bleibt eine Sternstunde der Demokratie. Ihr Ziel war zunächst Selbstbestimmung und nicht Selbstaufgabe. Der Verfassungsentwurf des „Runden Tisches“ widerspiegelt die Visionen dieser ostdeutschen Demokratiebewegung, zu der auch reformwillige Kräfte der SED gehörten. Die regierenden Kräfte der Bundesrepublik waren jedoch nicht gewillt, dem Impuls dieses demokratischen Aufbruchs Raum zu geben, obwohl das Grundgesetz die Möglichkeit gemeinsamer staatlicher Neuordnung ausdrücklich vorsah. Sie instrumentalisierten die ostdeutsche Protestbewegung für den forcierten Beitritt zur Bundesrepublik. Die Enttäuschungen, die der aktuelle „Bericht zum Stand der Deutschen Einheit“ nebenbei einräumen muss, haben ihre Quelle nicht zuletzt in damals verbreiteten und bewusst geförderten Illusionen. Schwerer als der im Bericht beschworene „Schatten der DDR-Vergangenheit“¹¹ lasten auf Ostdeutschland die Folgen und Erfahrungen einer Transformation, die wenig Rücksicht auf die betroffene Bevölkerung nahm. Während sich für die Bevölkerung der alten Bundesländer die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nach 1990 zunächst nicht spürbar veränderten, versetzte der Anschluss und der für die Vereinigung gewählte Weg die ostdeutsche Bevölkerung unter einen gewaltigen Anpassungszwang. Die massenhafte Entwertung von Biographien und Lebenserfahrungen stellt eine Belastung dar. Sie kann nur durch die gleichberechtigte Beteiligung der Ostdeutschen an der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft nach und nach aufgehoben werden. Dafür müssen politische Leitideen, weitere gesetzgeberische Voraussetzungen sowie ein partizipatives Klima entwickelt werden.

Der Ausgang der Systemauseinandersetzung am Ende des 20. Jahrhunderts begünstigt die Tendenz, die kritische Analyse zeitgeschichtlicher Vorgänge ausschließlich auf die unterlegene Seite zu konzentrieren. Der Reformbedarf der Bundesrepublik, der bereits vor 1990 offensichtlich war, gerät dabei aus dem Blickfeld. Bewusstes politisches Handeln verlangt aber ebenfalls nach einer kritischen Rückschau auf die Geschichte der Gesellschaft, die sich in der Systemauseinandersetzung als überlegen erwies, deren Probleme und Konflikte mit diesem Sieg jedoch nicht aufgehoben sind. Dass die DDR einer prinzipiellen kritischen Betrachtung bedarf, kann angesichts ihres Scheiterns infolge historisch bedingter sowie selbstverschuldeter Deformationen kein Streitpunkt sein. Ihre Pauschalverurteilung jedoch befremdet nicht nur viele Ostdeutsche, weil sie sich weder mit den eigenen differenzierten Erfahrungen noch mit der historischen Wirklichkeit deckt. Sie reproduziert Feindbilder und verstellt den Nachgeborenen den Zugang zum Verständnis der DDR-Gesellschaft und ihrer Langzeitwirkungen. Die Bundesrepublik Deutschland unternimmt alles, um materielle, geistige, kulturelle und personelle Spuren der vormalig konkurrier-

¹¹ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018. Berlin 2018, S. 9.

renden deutschen Gesellschaft zu tilgen. Dieser wird vorzugsweise die Funktion eines Kontrastmittels zugewiesen, das der eigenen Selbstbestätigung zu dienen hat. So soll ein tradiertes Selbstverständnis gefestigt und auf die neuen Bundesländer ausgeweitet werden. Dies läuft jedoch, ob gewollt oder nicht, auf die Ausgrenzung ostdeutscher Erfahrungen hinaus.

Über vier Jahrzehnte getrennte staatliche Entwicklung in gegensätzlichen Gesellschaften haben in der älteren Generation unterschiedliche zeitgeschichtliche Erfahrungen begründet. Die nun fast drei Jahrzehnte der wiedergewonnenen staatlichen Einheit haben den Befund der „geteilten Erinnerung“ noch nicht umkehren können, zumal die Transformationserfahrungen ein neues Feld „geteilter Erinnerung“ geschaffen haben. Die unvoreingenommene Einbeziehung des jeweils anderen Weges, d. h. ein durch Kenntnisse gestütztes Verständnis für die Doppelbiographie steht in Ost und West noch aus. Selbst gemeinsame historische Wurzeln werden in erheblichem Umfang unterschiedlich wahrgenommen. Sicherlich kann es nicht darum gehen, aus „geteilter Erinnerung“ ein homogenes Bild deutscher Nachkriegsgeschichte zu fügen. Für die weitere Gestaltung der deutschen Einheit ist es jedoch unerlässlich, auch in der jeweils anderen Vergangenheit ein Erbe und einen Erfahrungswert zu entdecken, der für die Gegenwart und Zukunft produktiv gemacht werden kann.